Behörden Spiegel
newsletter
Netzwerk Sicherheit

Reformen reformieren
Handbuch Innere Sicherheit
Neue, komplett überarbeitete Ausgabe
552 Seiten
ProPress Verlagsgesellschaft mbh
ISBN 978-3-934401-23-05

18,– Euro zzgl. 3,– Euro Versand
Am Buschhof 8, 53227 Bonn • verlag@behoerdenspiegel.de

Nr. 406 Berlin und Bonn Sondernewsletter zu den Polizeitagen 06. Juli 2012 ISSN 1867-2000

Meldungen

Weiterer Rücktritt

(BS) Nach Verfassungsschutz-Präsident Heinz Fromm ziehen die Pannen um die NSU-Ermittlungen weitere Konsequenzen. Der Thüringer Innenminister Jörg Geibert hat die Landesregierung gebeten, den Präsidenten des Landesamt für Verfassungsschutz (LfV), Thomas Sippel, in den einstweiligen Ruhestand zu versetzen.

"Der Verfassungsschutzpräsident hat nicht mehr das Vertrauen des Parlamentes. Die parlamentarische Kontrolle ist jedoch in der Demokratie eine wesentliche Grundlage für die Arbeit eines Nachrichtendienstes. Wir sind uns daher einig, dass dieser Schritt richtig und notwendig ist. Das gilt auch aus Rücksicht auf Amt und Person", so Geibert.

Sippel hatte im November 2000 die Leitung des LfV übernommen.

Neuer Chef im LfV NRW

(BS) Burkhard Freier wird neuer Leiter des NRW-Verfassungsschutzes. "Unter der Leitung von Burkhard Freier wird der nordrhein-westfälische Verfassungsschutz seine engagierte Arbeit kompetent fortsetzen und zugleich notwendige Reformen vollziehen", sagte der nordrhein-westfälische Innenminister Ralf Jäger. Aktuelle Entwicklungen im Extremismus zeigten, dass ein leistungsfähiger, moderner, effektiv und vor allem transparent arbeitender Verfassungsschutz gebraucht werde.

Inhalt/Themen

Demographie und Schuldenbremse..... 2
Nicht weniger Föderalismus..... 3
Wissenstransfer im Mittelpunkt.....4
Präsenz in der Fläche 7

Vorwiegend Opfer, zunehmend Täter

V.l.n.r.: Bayern Innenminister Joachim Herrmann, Polizeipräsident Prof. Dr. Wilhelm Schmidbauer und Behörden Spiegel Chefredakteur R. Uwe Proll. *Foto: BS/Jung*

(BS) Auf dem Polizeitag des Behörden Spiegel in Kooperation mit der Gewerkschaft der Polizei (GdP) letzte Woche in München zum Thema "Sicherheitsarchitektur im demographischen Wandel" sprachen vor über 100 Teilnehmern neben dem Staatsminister des Inneren, Joachim Herrmann, auch der Münchener Polizeipräsident Prof. Dr. Wilhelm Schmidbauer, der Bundesvorsitzende der GdP, Bernhard Witthaut, und Christian Endreß, Lehrstuhl für Politikwissenschaft, Sicherheitsforschung und Sicherheitsmanagement der Universität Witten-Herdecke.

In einer belebten Diskussionsrunde waren die sicherheitspolitischen Verantwortlichen der Landtagsfraktionen beteiligt. Die Veranstaltung in München zog aber auch bundesweit, sogar international. Zahlreiche Angehörige von Länderpolizeien aus dem Bundesgebiet waren unter den Gästen, aber auch Vertreter der polnischen und ungarischen Sicherheitsbehörden.

Die demographische Entwicklung ist für die Polizei in doppelter Hinsicht eine enorme Herausforderung, so der Tenor aller Redner.

Zum einen erfordert die älter werdende Gesellschaft andere Sicherheitsmerkmale. Dies betrifft zum einem generell das subjektive Sicherheitsbedürfnis älterer Menschen. Mehr Präsens von Polizei in der Öffentlichkeit wird von einer alternden Bevölkerung als wohltuend empfunden.

Münchens Polizeipräsident Schmidbauer wies darauf hin, dass nach Gewalttaten ebenso wie nach Einbrüchen ältere Menschen zu einer sozialen Isolation neigen würden.

Sie trauten sich nicht mehr aus ihrer Wohnung heraus oder fühlten sich nach einem Einbruch dort generell unsicher. Hierzu sei nicht nur die Polizei, sondern auch die Politik zu Antworten aufgefordert.

Bis auf einige Einzelfälle zeigten sich die Experten im Bezug auf die Prognose, ob nämlich auch Täter im Seniorenalter zunehmen würden, eher unsicher.

Demographie und Schuldenbremse kontra Sicherheit

(BS) Bernhard Witthaut, Bundesvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei (GdP), wies darauf hin, dass mit der demographischen Entwicklung auch neue Kriminalitätsfelder entstehen würden, so z.B. in Altenheimen und bei der Pflege. Es seien aber nicht nur individuelle Straftaten, sondern auch groß angelegte Kriminalitätsakte zu befürchten. So könnten unselbstständige Menschen in Pflegeheimen Medikamentenversuchen unterzogen werden, die kaum aufzuklären wären. Während Innenminister Herrmann mit Recht und Stolz darauf hinweisen konnte, dass bei den Einstellungsverfahren der bayerischen Polizei ein Bewerberverhältnis von 1:6 auf jede Stelle vorliege, wandte Witthaut ein, dass es in anderen Bundesländern bereits Nachwuchsprobleme gebe. In Hamburg etwa liege das Verhältnis bei 1:2. Dies zeige schon jetzt deutlich, dass bei dem niedrigen Einstellungsgehalt für den Polizeidienst dieser gegenüber privaten Arbeitgebern im Kampf um die besten Nachwuchskräfte zukünftig erhebliche Schwierigkeiten erhalten würde.

Witthaut sieht aber nicht nur in der demographischen Entwicklung sondern auch in einer zu befürchtenden Altersarmut eine Herausforderung für die Polizei. Sollte beispielsweise die Energiewende zu einer deutlichen Verteuerung führen, sei der Energiediebstahl, wie er bereits durch das Anzapfen von Stromverteilern in Berlin bekannt sei, dann bundesweit möglich. Um diesem gerecht zu werden, müsse die Polizei personell verstärkt werden.

"Wir müssen mehr werden, nicht weniger, um die Sicherheit in diesem Land zu gewährleisten!", so Witthaut. Der GdP-Bundesvorsitzende wies zudem auf die Sicherheitsarchitektur hin, die aus seiner Sicht spätestens seit der Veröffentlichung des so genannten Werthebach-Berichts reformierungsbedürftig sei. Er widersprach damit Innenminister Herrmann, der keine Veränderung in der Sicherheitsarchitektur als notwendig ansah.

Reformen notwendig

Der GdP-Bundesvorsitzende sieht eine Reform des Verhältnisses von Bundeskriminalamt (BKA) und Bundespolizei (BPol), aber auch andere Bereiche als reformbedürftig an. Alleine die Finanzbehörden unterhielten mehrere Sonderpolizeien, die einem Dach unterstellt werden müssten. Mit einer solchen rechnet er allerdings frühestens 2013, also nach der Bundestagswahl und der Etablierung einer neuen Bundesregierung. Zu klären sei auch das Verhältnis zwischen staatlicher und privater Sicherheit. Derzeit existierten 123 Kooperationsvereinbarungen in den Bundesländern, die zwischen Polizei, kommunalen und privaten Sicherheitsunternehmen getroffen seien. Hier bestehe aus seiner Sicht genereller bundeseinheitlicher Regelungsbedarf.

Der GdP-Bundesvorsitzende Bernhard Witthaut hält Reformen der Sicherheitsarchitektur für notwendig. Foto: BS/Jung

Der Wach- und Wechseldienst sei unter demographischen Aspekten eine besondere Herausforderung für die Polizeiorganisationen. Unvorstellbar für die GdP sei eine Lösung, wie sie in zwei Grafschaften in England getroffen worden sei. Dort dürften private Sicherheitsunternehmen aus Kostengründen offiziell ermitteln und seien mit polizeiähnlichen Befugnissen beliehen.

Witthaut machte seine Sorge deutlich, dass die Schuldenbremse der Länder eines Tages auch zu solchen Entwicklungen in Deutschland führen könne. Ein Indiz hierfür sieht er bereits in der IMK-Erarbeitung eines Positionspapiers zur Rolle der privaten Unternehmen in der öffentlichen Sicherheit. Zwar sei die Zertifizierung von privaten Sicherheitsunternehmen noch keine beschlossene Sache, aber sie werde von den Innenministern von Bund und Ländern angestrebt. Witthaut befürchtet, dass hier eine Übertragung bisher polizeilicher Aufgaben auf Private indiziert sei.

Sicherheit müsse gesamtgesellschaftlich diskutiert und gegebenenfalls auch neu definiert werden. Bei der demographischen Entwicklung gehe es nicht nur um ältere Menschen als Opfer und Täter, sondern insbesondere auch um Jugendliche und Kinder.

Die Deutsche Kinderhilfe habe gerade mal 80.000 Mitglieder, ein Bruchteil dessen was amnesty international, Umweltverbände oder auch Tierschutzorganisationen aufweisen könnten. Dies zeige das Missverhältnis der gesellschaftlichen Solidarität gegenüber den von der demographischen Entwicklung betroffenen Altersschichten. Diese beträfe eben nicht nur die älteren Menschen, die immer mehr würden, sondern ganz besonders auch die jüngeren und die Kinder, die immer weniger würden.

Behörden Spiegel TV

Joachim Herrmann, Bayerischer Staatsminister des Innern, auf dem Polizeitag 2012 in München

Prof. Dr. Wilhelm Schmidbauer, Polizeipräsident München, auf dem Polizeitag 2012 in München

Mehr Kooperation – nicht weniger Föderalismus

(BS) Bayerns Innenminister Joachim Herrmann wies mit Stolz – und vermutlich auch mit Recht – darauf hin, dass im föderalen Wettbewerb Bayern in Sachen Sicherheit einen Spitzenplatz einnehme. Kein anderes Bundesland habe so hohe Aufklärungsquoten, aber auch in der Prävention sei die bayerische Polizei Spitze.

Herrmann kritisierte die Debatte über die Notwendigkeit einer neuen Sicherheitsarchitektur in der Bundesrepublik. Dazu gäbe auch die Aufklärung bezüglich der Pannen bei der Bekämpfung des Nationalsozialistischen Untergrundes (NSU) keinen Anlass. Ein Zentralismus hätte nicht zu besseren Ergebnissen geführt, doch sicherlich sei ein verstärkter Informationsaustausch der Behörden erforderlich und wünschenswert.

"Es kann natürlich nicht sein, dass keiner weiß was der Verfassungsschutz weiß", so Herrmann. Aber mit Blick auf das Sicherheitsgefüge insgesamt stünde derzeit die Zusammenarbeit mit den Kommunen auf der Agenda. In Bayern seien mehr Kooperationen mit den kommunalen Ordnungsbehörden erforderlich und würden auf den Weg gebracht.

Zwei Tage vor der Veranstaltung hatte der bayerische Gipfel zur Fußballgewalt stattgefunden, immerhin stellt der Freistaat Bayern vier Mannschaften in der ersten und zweiten Liga. Die Hälfte der Verantwortung der Sicherheit im Umfeld von Fußballereignissen liege bei den Kommunen. Daher sei zukünftig eine engere Kooperation mit ihnen notwendig.

Der Minister hob zudem hervor, dass es nicht nur am örtlichen Polizeichef liege, ob ein Ereignis für Gewalttätigkeit Anlass gäbe. Dies sei im Vorfeld mit der städtischen oder Kreisverwaltungsbehörde durch Prävention zu regeln. Den Bürger interessiere das am Ende des Tages jedoch wenig, er mache die Polizei für ausbrechende Gewalt verantwortlich, wenn sie auch nur bedingt die Auswirkungen vor Ort bekämpfen könnte.

Demographie vs. Kriminalität

Die demographische Entwicklung habe nach Ansicht von Herrmann erhebliche Auswirkungen auf die Kriminalität. Wenn es demnächst mehr 70-jährige als 20-jährige gäbe, müsse auch mit einer zunehmenden Kriminalität von älteren Menschen im Internet gerechnet werden.

Bayern ist Spitze, betonte Innenminister Joachim Herrmann, und bezog sich dabei auf Sicherheit, Aufklärungsquote, Neueinstellungen und Präventionsarbeit. *Foto: BS/Jung*

Zudem sei das Internet barrierefrei, bequem und ohne körperliche Anstrengung auch für ältere Täter nutzbar. Besonders sei aber mit Blick auf die demographische Veränderung die Verkehrssicherheit ein Thema, dem sich auch Bayern jetzt widmen wolle. Denn Unfallopfer seien immer häufiger Senioren. Daher habe die bayerische Staatsregierung ein Verkehrssicherheitsprogramm 2020 aufgelegt, um die derzeit jährlich 780 Toten im Straßenverkehr Bayerns zu vermindern.

Nicht weniger, sondern mehr

In Bayern gäbe es zukünftig nicht weniger, sondern mehr Polizisten. Dies sei nicht nur der finanziell guten Situation des Landes geschuldet, sondern auch der Tatsache, dass in den Jahren 2020 bis 2025 in Bayern mit einem gleichbleibendem Bevölkerungsstand zu rechnen sei.

In manchen Regionen und insbesondere Städten sei zudem ein Bevölkerungszuwachs prognostiziert. Daher seien die von der bayerischen Landesregierung bzw. dem bayerischen Landtag beschlossenen 1.000 neuen Stellen die richtige Antwort auf diese Entwicklung.

Man müsse aber auch auf das Engagement der Bevölkerung und insbesondere der älteren Einwohner setzen. Auch Senioren würden heute im Regelfall über ein Handy verfügen und könnten bei Vorfällen, insbesondere bei Gewalttaten, eben dieses nutzen, um die Polizei zu alarmieren. "Man muss nicht selber bei einer Schlägerei als Älterer eingreifen, aber man kann zum Handy greifen und die Polizei rufen!", so der Innenminister wörtlich.

Seine Bilanz zieht er positiv: neben den 1.000 neuen Stellen sei durch die bereits erfolgte Reduzierung von 42 auf 41 Wochenstunden und eine weitere Reduzierung auf 40 Wochenstunden in 2013 eine weitere Vermehrung von 900 Stellen für die bayerische Polizei beschlossen. Am Ende der Legislaturperiode seien das 1.900 neue Stellen mehr bei der Polizei Bayerns.

Bei den laufenden Bewerbungen für die Polizei seien 40 Prozent Abiturienten. Das Bewerbungsverhältnis läge für jede frei werdende Stelle bei sechs Anwärtern. Auch der Migrationsanteil sei in Bayern gestiegen.

Innenminister Joachim Herrmann konnte sein bayerisches Publikum an diesem Polizeitag von Behörden Spiegel und GdP allerdings beruhigen: "Keine Angst – die meisten, die wir eingestellt haben, waren Bazis und Franken."

Wissenstransfer im Mittelpunkt

(BS) Die demographische Entwicklung trifft die Polizei selbst massiv. Älter werdende Beamte und Beamtinnen dominieren den Polizeialltag. Schon allein aus altersbedingter Leistungsfähigkeit heraus seien sie einer nach wie vor männlich und jugendlich geprägten Gewaltkriminalität gegenüber im Nachteil. Daher sei die Flexibilisierung der Arbeitszeit, das Gesundheitsmanagement innerhalb der Polizei und auch die motivierende Bereitschaft sich mit modernen Kriminalitätsformen zu befassen eine Führungsaufgabe.

Der Polizeitag in München verdeutlichte, dass an erster Stelle die Aufgabe der Wissensübertragung von ausscheidenden Polizeibeamten auf die jüngere Polizeigeneration dringend erforderlich und organisiert werden muss.

Der Wissenstransfer muss in Zukunft auch bei den Polizeibehörden im Mittelpunkt der Herangehensweise an die demographische Entwicklung im Vordergrund stehen. Es gehe dabei um die Frage wie Führungskultur, Wissensmanagement und Wissenstransfer zur Sicherung des Erfahrungswissens in der Organisation gestaltet werden könnten. Zur Erörterung dieser Fragestellungen hat Prof. Dr. Schmidbauer Ende vergangenen Jahres die Arbeitsgruppe KNOW (Kennen, Nutzen, Optimieren und Wissen) ins Leben gerufen, die sich seitdem mit den Themenbereichen Erschließung von Wissen, Weitergabe von Wissen, Qualifizierung und Administration, Effektiver Personaleinsatz, Qualitätssicherung sowie Statistik- und Berichtswesen beschäftige.

Zudem – und dies ist nicht nur ein bayerisches Phänomen – sind in den Großstädten, hier besonders in der Landeshauptstadt München, viele junge Beamte im Einsatz. In den ländlichen Regionen hingegen ist die Alterung der Polizei signifikant und kann damit auch zu einem Sicherheitsproblem werden. Prof. Dr. Schmidbauer wies im Rahmen des Polizeitages darauf hin, dass er reichlich junge Polizeibeamte zur Verfügung habe. Er kämpfe jedoch um jeden Älteren der ausscheiden will, weil ihm damit Erfahrung und Kompetenz verloren gehe.

Münchens Polizeipräsident Prof. Dr. Wilhelm Schmidbauer muss und will gegen den demographischen Wandel in der Gesellschaft und der Polizei agieren. *Foto: BS/Jung*

Neuartige Kriminalitätsphänomene

Wie der Münchener Polizeipräsident betonte, betreffen Kriminalitätsphänomene gegenüber Senioren nicht nur die reale Welt, sondern auch die immer komplexer werdende virtuelle Welt der Datenbanken und Clouds. Umfragen zufolge nutzen bereits 79 Prozent aller Personen über 50 das Internet täglich zur Recherche von aktuellen Informationen, als Kommunikationsmedium aber auch um einfach "mitreden zu können".

Dies lasse für die Polizeiarbeit nur einen Schluss zu: "Der klassische Bankraub verspricht schon lange nicht mehr den Gewinn vergangener Zeiten. Die Profis unter den Gaunern haben Pistole und Sturmhaube gegen Rechner und Tastatur getauscht und nicht Wenige haben unsere Senioren als attraktive Zielgruppe entdeckt", so Prof. Dr. Schmidbauer.

Die Kriminalität scheine sich zu verlagern und auch die Häufigkeitszahlen in diesem Deliktfeld hat extrem zugenommen.

Die selbstgestellte Frage, ob wir der Wachstumsbranche Cyber Crime auch in Anbetracht des demographischen Wandels hilflos ausgeliefet sind, konnte der Polizeipräsident vom Grundsatz her nur bejahen. Aber er erkenne auch Verbesserungsbedarf im Polizeipräsidium. So habe er in diesem Jahr im Bereich Cyber-Kriminalität entsprechende personelle und logistische Schwerpunkte gesetzt. Ziel war es, die Ermittlungskompetenzen zu stärken, Expertenwissen zu bündeln und dafür zu sorgen, dass Spezialisten, die sich in diesem komplexen und schnelllebigen Bereich auskennen, auf der Höhe des technischen Fortschritts bleiben können.

Daher wurde auch das Projekt "Cyber Crime" im Polizeipräsidium München eingeführt. Gerade hat die Task-Force Cyber Crime ihre Arbeit aufgenommen. In dieser arbeiteten die bisherigen Münchener Internet-Ermittler zusammen mit den neu eingestellten Cyber-Cops.

"Sie stehen im Endausbau rund um die Uhr jeder Kollegin und jedem Kollegen bei allen Fragen im Zusammenhang mit Internetkriminalität Rede und Antwort. So kann jeder Streifenbeamte, jeder Inspektionsbeamte sowie jeder Ermittler schnell und kompetent Auskunft und Rat unter einer einzigen Telefonnummer einholen", erklärte Prof. Dr. Schmidbauer das Konzept.

"Wir stellen uns der Verpflichtung!"

(BS) Am Rande des Polizeitages 2012 in München sprach der Behörden Spiegel mit Polizeipräsident Prof. Dr. Wilhelm Schmidbauer über die Herausforderung der Bekämpfung von Cyber Crime für die Polizei. Das Gespräch führte Behörden Spiegel Chefredakteur R. Uwe Proll.

Cyberkriminalität ist ein zunehmendes Polizeithema. Wie hoch ist die Anforderung an Ihre Behörde den Bürgern hier beizustehen?

Höher denn je! Das Polizeipräsidium München ist nicht nur gefordert, eine jährlich steigende Zahl an Betrugsstraftaten im Internet, Datenausspähungen, Sabotageakten an EDV-Infrastruktur oder Urheberrechtsverstößen aufzuklären – wir von der Münchner Polizei stellen uns auch der Verpflichtung, die in den letzten Jahren massiv eingeschränkten Möglichkeiten der Gefahrenabwehr und der Strafverfolgung in der virtuellen Welt anzuprangern.

Eingeschränkte Möglichkeiten, die de facto die Rechte der Verbraucher im worldwide-web beschneiden! Wir stellen uns der Forderung, die Bürger im Netz nicht alleine zu lassen.

Für die Bekämpfung der Cyber-Kriminalität braucht man Spezialisten. Wie reagieren Sie darauf?

Seit 02.07.2012 arbeitet im Polizeipräsidium München die Task Force Cyber Crime. Wir reagieren, indem wir Spezialisten ausbilden und einstellen! Das heißt wir machen beides: Wir bilden erfahrene Kriminalbeamte in EDV-Wissen fort und wir stellen ausgewiesene EDV-Fachleute ein und bilden sie zu Kriminalbeamte aus. Und zwar ganzheitlich: So sind unsere Ermittler echte EDV-Fachleute, die alle Tricks und Fallen des Internets, von Hard- und von Software kennen. In der Prävention und Beratung haben wir Kommunikationsexperten, die – in die Computersprache übersetzt – als "Interface" zwischen dem bisweilen mit den neuen Medien überforderten Menschen und den hochspezialisierten Cyber-Cops fungieren.

Wir haben dort Beamtinnen und Beamte, die mit den Menschen in ihrer Sprache sprechen, Probleme und Gefahren entsprechend aufzeigen und Lösungen an die richtige Stelle bringen. Auch durch Profis zur Bekämpfung des Wirtschaftbetrugs oder durch Fahnder gegen Kinderpornografie.

Ihre Cyber-Sondereinheit wird regulär in der Organisation geführt und alle Mitarbeiter erhalten die reguläre Besoldung oder mehr?

Unsere Spezialisten auf allen Gebieten, ob Rauschgiftfahnder, Mordermittler oder Experten für die Terrorismusbekämpfung werden gleich alimentiert. Da sind auch die Cyber-Cops keine Ausnahme. Aber zum finanziellen Aspekt tritt bei Polizeibeamten immer auch noch der Lohn in Form des Bewusstseins, gesellschaftlich Wichtiges zu leisten, Menschen, die Opfer geworden sind zu helfen und für ein Mehr an Gerechtigkeit auf unserer Welt zu sorgen.

Entsprechend sind die Ermittler gegen Cyberkriminalität auch ganz ordentlich in unsere Aufbauorganisation eingebunden. So unterstützen sie auch einmal außerhalb ihres originären Aufgabenbereichs ihre Kollegen, wenn es heißt, in anderen Ermittlungsfällen ausgesprochene EDV-Probleme anzugehen.

+++ SAVE THE DATE +++

PITS
Public-IT-Security
2012

25. – 26. September, dbb forum, Berlin
Kongressmesse der Behörden Spiegel-Gruppe

www.public-IT-security.de

Wie der Staat sich vor Cyber-Attacken schützen kann

- **"Data is the new oil"** – Schutz sensibler Verwaltungsdaten, Data Leakage Prevention, Verschlüsselung, Authentifizierungsverfahren und Compliance-Regeln.
- **Im Falle des Falles** – Was, wenn es doch einmal zu einem Sicherheitsvorfall kommt? Wie sieht ein erfolgreiches Krisenmanagement aus? Welchen Stellenwert hat Krisenkommunikation?
- **PITS to go** – Mobile Security, von Laptop bis Smartphone, und sichere Applikationen und Kollaborationstools.

Seien Sie dabei, wenn sich zum vierten Mal die IT-Sicherheitsverantwortlichen der Verwaltungen aus Bund, Ländern und Kommunen auf der PITS 2012 treffen.

Weitere Informationen und Anmeldung unter www.public-IT-security.de

Hauptsponsor Themenpartner In Kooperation mit
Co-Sponsoren
Sponsoren

Kommentar

Besser einen IT-Direktor, statt einen neuen Präsidenten!

(BS) Die aktuellste Hiobsbotschaft aus dem Ermittlungsausschuss des Deutschen Bundestages zur Mordserie des Nationalsozialistischen Untergrundes (NSU), die des Schreddern von vier Akten am 11. November 2011 durch einen Referatsleiter des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV), hinterlässt Eindrücke.

Gegen den Beamten der Kölner Behörde wurde inzwischen ein Disziplinarverfahren eingeleitet. Er soll diese Akten über die sogenannte Operation "Rennsteig" vollständig vernichtet haben. Hierin seien Hinweise der Verfassungsschützer gesammelt worden, die wichtige Informationen zum "Thüringer Heimatschutz", in gewisser Weise eine Vorgängerorganisation der NSU, beinhaltet hätten.

Der Vorsitzende des Untersuchungsausschusses, Sebastian Edathy (SPD), sieht aufgrund der Vorkommnisse nun Chancen für Verschwörungstheorien.

In der vorletzten Sitzung des NSU-Untersuchungsausschusses gab Jörg Ziercke, scheidender Präsident des Bundeskriminalamtes (BKA), zu Protokoll, dass es aufgrund mangelnden Informationsaustausches untereinander ein Versagen der Sicherheitsbehörden gegeben habe.

Dies wurde an dieser Stelle bereits mehrfach berichtet. Dafür haben sich die Redakteure dieses Newsletters in den letzten Wochen Kritik eingehandelt. Nun sagt der BKA-Präsident genau das. Die Konkurrenz der Behörden untereinander habe eine effektive Aufklärung verhindert.

Wirklich verblüffend an der Diskussion ist im Moment jedoch die Tatsache, dass davon ausgegangen wird, dass der beschuldigte Referatsleiter des BfV Akten im Zusammenhang mit der NSU-Aufklärung tatsächlich vernichtet bzw. geschreddert habe.

Wo ist da das Problem?

Die Festplatte des Mitarbeiters oder die seines Vorzimmers enthält alle Dokumente, die per E-Mail von ihm oder Dritten bearbeitet wurden. Mit anderen Worten: Es lässt sich relativ simpel herausfinden, wer Empfänger und Sender war. Dies kann mittels einer forensischen Rekonstruktion erfolgen, selbst bei vorherigem Einsatz zertifizierter und sicherer Löschsoftware.

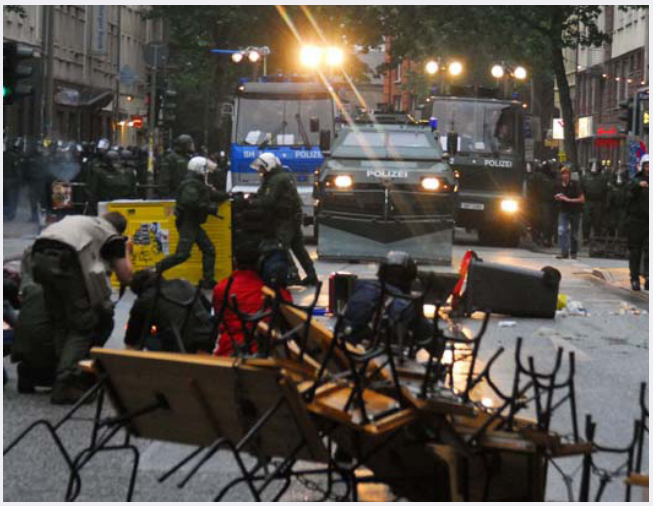
Die geheimdienstliche Version spricht aber immer vom Schreddern, nicht aber vom Löschen von Daten.

Sollte aber tatsächlich nur Papier angelegt worden sein, eine schöne alte Akte mit handschriftlichen Vermerken, dann ist das entweder gelogen oder ein Beweis für eine Behörde im Steinzeitalter! Ein Steinzeitaltamt! Die Nachrichtendienstler tauschen keine E-Mails aus? Unvorstellbar eigentlich!

Behörden Spiegel Chefredakteur R. Uwe Proll *Foto: BS/Archiv*

Oder doch?

Sollte tatsächlich das Misstrauen gegenüber einer modernen IT so unendlich groß sein, dass Operationen nur auf Papier festgehalten werden, bräuchte das Amt zuerst einmal einen IT-Direktor – mit Durchsetzungskraft – statt einen neuen Präsidenten.



Polizeitage 2012

(BS) Die Veranstaltungsreihe Polizeitage des Behörden Spiegel in Kooperation mit der Gewerkschaft der Polizei (GdP) wird in diesem Jahr weiter fortgesetzt. Die nächste Veranstaltung widmet sich am 6. September im Lindner Congress Hotel, Düsseldorf, der "**Prävention als polizelicher Aufgabe**".

Dem Thema "**IT und Polizei: Anforderungen an die Informationstechnologie; Cyber Crime; Data mining (Erhebung, Sammeln und Auswerten von Daten)**" widmet sich der Polizeitag am 6. Dezember in Wiesbaden.

Für weitere Informationen steht Ihnen Ulrich Albrecht unter der Tel.: 0228 / 970 97 13 und E-Mail ulrich.albrecht@behoerdenspiegel.de zur Verfügung

Erweiterter Sicherheitsbegriff

(BS) "Sicherheit ist die absolute Freiheit von Unsicherheit", so Christian Endreß, wissenschaftlicher Mitarbeiter der Universität Witten/Herdecke. Sicherheit anzustreben sei daher immer ein Ideal, das nie erreichbar sei. Es bleibe immer bei relativer Sicherheit. Sicherheit sei nicht denkbar ohne Unsicherheit zu denken.

Diese Grundüberlegung ist nach Endreß bei der Betrachtung des Sicherheitsbegriffs unter demographischen Aspekten Voraussetzung. Zumal sich der Sicherheitsbegriff zunehmend verändere. Eine Erweiterung habe räumlich stattgefunden, zwischen Innerer und Äußerer Sicherheit. Auch unter zeitlichen Aspekten habe es eine Veränderung gegeben, da Allzeit-Sicherheit bzw. Unsicherheit gegeben sei. Auch personell verändere sich die Sicherheit, denn immer mehr nicht-staatliche Akteure träten auf den Plan.

Unter demographischen Aspekten seien besonders der Alterungsprozess, aber auch die Binnenmigration und die ethnische Herkunft von Tätern und Opfern zu berücksichtigen. Ohne Zweifel steige die Wahrscheinlichkeit "Opfer einer Straftat im Alter zu werden."

Die demographische Entwicklung habe unter prognostischen Gesichtspunkten allerdings eine Verminderung von Straftaten zur Folge.

So sei davon auszugehen, dass im Jahr 2025 250.000 weniger Straftäter existierten. Im Jahr 2045 könne diese Zahl sich noch einmal halbieren. Typische Jugendstrafdelikte, wie Raub und Überfall, würden bereits jetzt sinken.

Eigentumsdelikte, von denen besonders ältere Menschen betroffen seien, dagegen stiegen. Spezielle Tätigkeitsfelder krimineller Organisationen mit Blick auf ältere Opfer seien bereits definiert. Hierauf müsse Politik, Gesetzgebung und auch die Polizei selber reagieren.

Präsenz in der Fläche

V.l.n.r.: Helmuth Bahr, Dr. Andreas Fischer, MdL, Dr. Florian Herrmann, MdL, Harald Schneider, MdL, Behörden Spiegel-Chefredakteur R. Uwe Proll und Christine Kamm, MdL *Foto: BS/Jung*

(BS) In einer intensiven Diskussionsrunde mit Helmuth Bahr, Landesvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei, Bayern, Dr. Andreas Fischer, Mitglied des Landtags und Sprecher für Innen- und Rechtspolitik der FDP-Fraktion im Bayerischen Landtag, Dr. Florian Herrmann, Mitglied des Landtags und stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses Kommunale Fragen und Innere Sicherheit, CSU, Christine Kamm, Mitglied des Landtags und Mitglied im Ausschuss für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit, B90/Die Grünen, Bernhard Pohl, Mitglied des Landtags und des Ausschuss für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit, Freie Wähler, sowie Harald Schneider, Mitglied des Landtags und sicherheitspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, herrschte schon Vorwahlkampfstimmung.

Da ging es einmal um die Frage, ob die 1.000 Planstellen der Polizei in Bayern auch tatsächlich mit Personal besetzt würden.

Zum anderen um die Frage, ob in ländlichen Regionen, also in der Fläche, Präsenz seitens der Polizei zurückgezogen würde. Dies wurde von den Vertretern der Regierung, also CSU und FDP, bestritten, wohin gegen die Grüne Kamm deutlich protestierte. In ihrer Heimatgemeinde sei bereits eine verminderte Polizeipräsenz festzustellen.

Schneider, SPD, sieht allerdings große Probleme auf die Polizei zukommen, denn für dieses "lausige Geld" wären Fachkräfte, die auch in der Polizei dringend für die IT-Forensik gebraucht würden, wohl kaum zu gewinnen.

Flankierender Lösungsansatz

(BS) Die Londoner Metropolitan Police Service (MPS) fahndet nach mutmaßlichen Randalierern und Plünderern, die an den Krawallen im August 2011 beteiligt gewesen sein sollen. Dabei setzen die Fahnder auf die Unterstützung und Mithilfe der Bürger durch moderne Technologien.

Die als "Facewatch id" bezeichneten App soll laut Angaben des Entwicklers mit 2.880 Bildern bestückt worden sein, die von Verdächtigen während der Unruhen aufgenommen wurden. Mit der Kombination durch Postleitzahlen können Bürger diese App nun nutzen, um Personen aus ihrer Nachbarschaft zu identifizieren und der Polizei zu melden.

Die App könne so dabei helfen, die eigene Nachbarschaft sicherer zu machen. Dabei soll es aber letztendlich nicht ausschließlich um die Beteiligten der Krawallen gehen, sondern das Programm soll auch weitere Bilder von polizeilich gesuchten Personen enthalten.

3M bietet einen flankierenden Lösungsansatz gegen Hooligans und Gewalt beim Fußball, wie Götz Stamm, 3M Deutschland GmbH, in München erläuterte. *Foto: BS/Jung*

Flankierende Lösungsansätze im polizeilichen Alltag

Gewalt und Krawallen spielen nicht nur in England, sondern auch in Deutschland eine Rolle. Gerade Hooligans und Gewalt beim Fußball sind wichtige Themenfelder der polizeilichen Aufgabenbewältigung. Götz Stamm, 3M, erläuterte im Rahmen des Polizeitages in München, dass es in diesem Bereich flankierende Lösungsansätze gebe.

Dazu zählten Lösungen wie Stimmenverifikation und Häusliche Überwachung als passives Monitoring für eine geringere Risikogruppe und GPS Tracking und Insassenüberwachung für eine Hochrisikogruppe.

Diese verschiedenen Lösungen könnten in eine webbasierte Plattform integriert werden. Die Elektronische Aufenthaltsüberwachung stellte Stamm als ergänzendes Sicherheitsinstrument vor. Dies sei ein politisch aktuelles Thema, gerade in der Justiz, aber habe auch viele Auswirkungen auf die Polizeikräfte.

Vorteile durch manipulationssichere Technologie

Die manipulationssichere Technologie von 3M Electronic Monitoring ermögliche ein breites Anwendungsspektrum: Vermeidung von U-Haft, Vermeidung von Bewährungswiderrufen, Vermeidung von Ersatzfreiheitsstrafen und die Überwachung vollzugsöffnender Maßnahmen.

Die Elektronische Fußfessel generiere auch weitere deutliche Vorteile. Es entstehe ein finanzieller Nutzer von über 60 Prozent Kostenersparnis im Vergleich zur Inhaftierung, ein sozialer Nutzen für die Betroffenen und die Gesellschaft sowie vor allem auch eine Vereinfachung des polizeilichen Aufwandes.

Impressum
Herausgeber und Chefredakteur von "Behörden Spiegel Newsletter Netzwerk Sicherheit" und verantwortlich: R. Uwe Proll.
Redaktionelle Leitung: Patricia B. Linnertz. Redaktion: Benjamin Bauer, Hartmut Bühl (Brüssel), Franz Drey, Julian Einhaus, Jörn Fieseler, Dorothee Frank, Guido Gehrt, Carsten Köppl, Lora Köstler-Messaoudi, Gerd Lehmann, Joachim Wagner. Redaktionsassistenz: Kerstin Marmulla (Bonn), Sonja Bechthold (Berlin). ProPress Verlagsgesellschaft mbH, Am Buschhof 8, 53227 Bonn, Telefon: 0049-228-970970, Telefax: 0049-228-97097-75, E-Mail: redaktion@behoerdenspiegel.de; www.behoerdenspiegel.de. Registergericht: AG Bonn HRB 3815. UST-Ident.-Nr.:DE 122275444 - Geschäftsführerin: Helga Woll.
Vorsitz Herausgeber- und Programmbeirat: Dr. August Hanning, Staatssekretär a.D.; Reimar Scherz, BrigGen. a.D. Der Verlag hält auch die Nutzungsrechte für die Inhalte von "Behörden Spiegel Newsletter Netzwerk Sicherheit". Die Rechte an Marken und Warenzeichen liegen bei den genannten Herstellern. Bei direkten oder indirekten Verweisen auf fremde Internetseiten ("Links"), die außerhalb des Verantwortungsbereiches des Herausgebers liegen, kann keine Haftung für die Richtigkeit oder Gesetzmäßigkeit der dort publizierten Inhalte gegeben werden.